



Autorin Maja Haderlap (rechts oben) hielt die Festrede in der Staatsoper. Unter den 1300 Gästen waren auch Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, Ex-UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon (Mitte) und Kanzler Kurz. [APA/6]

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Die schwarzen Limousinen führen am gestrigen Montag ungewöhnlich früh vor die Staatsoper. Schon um neun Uhr vormittags betreten die ersten der 1300 Gäste das mit rot-weiß-roten Blumen geschmückte Haus an der Ringstraße. Zur Eröffnung, zwei Stunden später, stimmten die Wiener Philharmoniker die Bundeshymne an. So feierte das offizielle Österreich seinen 100. Geburtstag.

Am 12. November 1918 wurde einst die Republik ausgerufen, und gestern, am 100. Jahrestag, wurde daran in einem Staatsakt gedacht. In der ersten Reihe haben Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und die gesamte türkis-blaue Regierung Platz genommen. Auch Alt-Bundespräsident Heinz Fischer und so mancher Alt-Kanzler zählen zu den Gästen. Der Einladung sind auch viele ehemalige Regierungsmitglieder gern gefolgt (darunter Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der trotz des großen Gästendrangs ohne Sitzpartner zur Linken und Rechten saß).

Nur die große Festrednerin, die Schriftstellerin Maja Haderlap, hat die Einladung als „erstaunlich“ und „kühn“, wie sie erzählte, empfunden. Doch sie fühlte sich auch geehrt. Und so schenkte sie der Republik zum 100. Geburtstag eine

„Die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm“

1918. Mit einem Staatsakt feierte die Republik am Montag in der Oper ihren 100. Geburtstag. Als Geschenk gab es mahnende Worte von Festrednerin Maja Haderlap und Bundespräsident Van der Bellen.

zum Nachdenken anregende 25-minütige Ansprache.

Verunsicherung greift um sich

„Seit unserem Beitritt zur Europäischen Union kommt der politische Boden, auf dem wir stehen, nicht zur Ruhe“, sagte die Schriftstellerin. Man würde spüren, dass die Gesellschaft in einen Wandel eingetreten ist, „der einem langsam anschwellenden Orkan gleicht“. Gerade habe man sich erst an den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates aufgerichtet, schon werde einem erklärt, dass man endlich erwachsen werden und für sich selbst sorgen solle.

Staaten würden zusehends als Unternehmen geführt. Im Kampf um globale Investoren würden sie mit „Schnäppchen“, „Schönheit“ und „billigem, willigen Humanka-

pital“ werben. Eine Politik nach Kriterien des Wettbewerbs. Dafür würden Staatsbürger immer mehr optimiert. Und so rühre, so die These Haderlaps, ein beträchtlicher Teil der „um sich greifenden Verunsicherung“ aus der Befürchtung, dass man als fehleranfälliger, alter, krank und für die Ökonomie unbrauchbarer Mensch aus der „öffentlichen Wahrnehmung und Obsorge entfernt“ werden könnte.

Diesen verunsicherten Menschen würden nationalistische Parteien in ganz Europa als Ersatz für die Gemeinschaft eine nationale Zugehörigkeit als Domizil anbieten. Sie würden Botschaften in

glänzendes Papier verpacken, aber die Füllung unter der Schokoladenschicht könnte bitter schmecken. Und so wünschte Haderlap der „immer noch jungen Republik“ einen Instinkt für Demokratie.

„Die Demokratie muss kompromisslos gegenüber den Intoleranten sein.“

Alexander Van der Bellen, Bundespräsident

Gegen Feindbilder

Mahnende Worte fand auch Bundespräsident Van der Bellen in seiner Rede. Es dürfe nicht alles schwarz oder weiß gesehen werden. Die Lösung liege nämlich fast immer in der Mitte. „Das ist eine Einsicht, an die wir uns in diesen Tagen wieder erinnern können.“

Gemeint waren damit wohl auch die Auseinandersetzungen in den sozialen Medien. Es seien „Echokammern“. Er warne, sagte Van der Bellen, vor „Gesprächsverweigerung, Intoleranz und der Aushöhlung von Freiheitsrechten“.

„Herzenswunsch erfüllt“

Die Schaffung von Feindbildern, ob Muslime, Juden, Ausländer oder Sozialhilfeempfänger, sei zu verurteilen. Die Demokratie müsse „kompromisslos gegenüber den Intoleranten“ sein, so der Bundespräsident. Immerhin habe es Österreich stark gemacht, das Gemeinsamere vor das Trennende zu stellen. „Erneuern wir diese Gemeinsamkeit.“

Auch Bundeskanzler Sebastian Kurz warnte davor, dass der Gewalt der Worte schnell Taten folgen könnten. Das habe sich schon in der Ersten Republik gezeigt. Aus dem „Kind, das keiner haben wollte“, sei heute das „viel geliebte Österreich“ geworden. Man habe ein gesundes Selbstvertrauen entwickelt und den Umgang mit der Geschichte und der österreichischen Schuld gelernt.

Der Kanzler durfte in seiner Rede auch jene jüdischen Holocaust-Überlebenden, die bei dem Staatsakt geladen waren, begrüßen. Sie hätten, so der Kanzler, der Republik mit ihrem Besuch einen „Herzenswunsch“ erfüllt.

„Brauchen eine Stärkung unserer Grundrechte“

Rechtsstaat. Eine neue Studie zur Rechtsstaatlichkeit in Österreich zeigt: Die Situation bei den Grund- und Freiheitsrechten hat sich seit 2016 verschlechtert. Bei Unternehmensgründungen ertönt wieder der Ruf nach Vereinfachung.

VON MANFRED SEEH

Wien. „Fieberkurve des Rechtsstaats“ – unter diesem Titel ließen Österreichs Anwälte per Studie testen, wie sich hierzulande die Rechtsstaatlichkeit entwickelt hat. In elf Bereichen (Cluster) wurden Untersuchungen durchgeführt. Bilanz: Im Vergleich zu 2016 hat der Rechtsstaat ein bisschen weniger „Fieber“. Aber in einzelnen Bereichen gibt es Verschlechterungen.

Am schlechtesten abgeschnitten hat der Cluster „Wirtschaftsstandort“. In allen drei untersuchten Untergruppen, bei „Unternehmensgründungen“, „Insolvenzabwicklungen“ und bei „Einklagen von Vertragsinhalten“ ist die Lage trister als im Jahr 2016.

Auch damals war eine „Fieberkurve“ erhoben worden. Insofern fordert Anwältepräsident Rupert Wolff „vereinfachte Unternehmensgründungen“ und die Sen-

kung der Gerichtsgebühren bei hohen Streitwerten.

Erstellt wurde die am Montag in Wien präsentierte Studie von der Ständesvertretung der Anwälte (Österreichischer Rechtsanwaltskammertag, Örak) in Kooperation mit der Unternehmensberatung Obergantschnig Management Partners und dem Forschungsinstitut für Rechtsentwicklung der Uni Wien. Quellen waren zum Beispiel die auf die Untersuchung von Justizsystemen spezialisierte Organisation Cepej, die Korruptionsbeobachtungsstelle Transparency International oder etwa das EU-Statistikamt Eurostat.

Eine Umfrage unter 410 Rechtsanwältinnen hat ergeben, dass der Cluster „Grund- und Freiheitsrechte“ als der mit Abstand wichtigste eingestuft wird. Wie sieht es nun bei diesem Cluster aus? Hier sagen 28,8 Prozent der Befragten, dass sich die Situation

in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert habe. 57,3 Prozent meinen, es habe sich nichts geändert, der Rest meint, die Lage habe sich verbessert. Im Einzelnen weist die Studie eine Verschlechterung bei Ausübung der Grundrechte und der Pressefreiheit aus.

„Mehr Versammlungsfreiheit“

Wolff: „Wir brauchen eine Stärkung unserer Grund- und Freiheitsrechte. Überwachungsgesetze müssen zurückgenommen werden.“ Zur Erinnerung: Dieses Jahr hat die Regierung ein Überwachungspaket (Zugriff auf Videokameras im öffentlichen Raum, Bundestrojaner etc.) beschlossen.

Auch bei der Versammlungsfreiheit sollten Eingriffe unterbleiben, so Wolff. Es sei als Eingriff zu werten, wenn man nun eine Demonstration früher als bisher anmelden muss (48 statt 24 Stunden). Dazu passt auch die Mah-

nung der Anwälte beim Cluster „Ordnung und Sicherheit“. Ein Ausbau von Videoüberwachung im öffentlichen Raum sei nicht nötig. Denn: In diesem Cluster hat es bereits 2016 ein gutes Resultat gegeben. Nun sei sogar ein noch besseres Resultat erzielt worden. Tatsächlich zeigen hier die Untergruppen „Effektivität der Ermittlungsbehörden“ und „Unabhängige Gerichtsbarkeit“ einen Aufwärtstrend.

Auch die Cluster „Zivilgerichtsbarkeit“, „Korruptionsbekämpfung“ und „Gesetzgebungsqualität“ schnitten gut ab. Bei Letzterem sehen die Anwälte dennoch „sehr viel Verbesserungsbedarf“. Ein Gesetz brauche mindestens sechs Wochen Begutachtungsfrist. Wolff: „In 75 Prozent der Begutachtungsverfahren wird diese Frist aber unterschritten.“

Rechtsstaatlichkeit im Test

Veränderung der elf Cluster seit 2016 von +++ (beste) bis --- (schlechteste)



Web: www.diepresse.com/fieberkurve